Karl Bremer

Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und die K. P. D.

1921

Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

Preis Mark 2.–

Karl Bremer

Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und die K. P. D.

1921
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

Druck von Konrad Hanf, Hamburg 8

Inhalt.

I.

Die Bilanz der drei Jahre.

Zum dritten Mal jährte sich vor kurzem der Tag, an dem der deutsche Imperialismus zusammengebrochen ist, der Tag, an dem die Zügel des Reiches den Händen der feudalen Kaste entfielen, die, getrieben von den Expansionsbedürfnissen des Kapitals, Deutschland in den Krieg geführt, den Krieg verloren und damit für absehbare Zeit die Rolle der deutschen Bourgeoisie als eines selbständigen Welt-Faktors ausgespielt hat. Dieser Jahrestag fiel in eine Situation, die den Feudal-Elementen die Möglichkeit gab, an die *Bourgeoisie* die Gegenfrage zu richten: Ihr sagt, daß wir, die Junker, uns unfähig gezeigt haben, Deutschland zu regieren. Und wie habt Ihr es drei Jahre lang geleitet und geführt? Die Bürgerlichen können wiederum die Bilanz der drei Jahre den *Sozialdemokraten* zur Unterzeichnung vorlegen, denn diese drei Jahre haben sie zusammen geherrscht, die Herren vom Bankier-Kontor und die Herren vom sozialdemokratischen Sekretariat und vom Gewerkschaftskartell. Die Bilanz der drei Jahre ist die *Bilanz der Koalition der Bourgeoisie und der Führer der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse.* Die Tage dieser Koalition sind gezählt, selbst wenn sie noch vorübergehend ausgeweitet würde zu einer Koalition von Stinnes bis zu Scheidemann. Die Zeit ist gekommen, wo die deutschen Arbeiter die Bilanz dieser Koalition einer Prüfung unterziehen werden. Sich auf diesen Moment vorzubereiten, ist die Aufgabe aller jener, die das Proletariat gewarnt haben vor dem Bündnis mit der Bourgeoisie.

Als im November des Jahres 1918 die Regierung den Händen des Kaisers entschlüpfte, war die Bourgeoisie nicht weniger geschlagen als die Junker. Die Macht fiel in die Hände der Arbeiterklasse. Aber die Führer der Mehrheit der Arbeiterklasse glaubten keinen Augenblick an die Möglichkeit, diese Macht selbständig handhaben zu können. Sie waren von vornherein überzeugt, daß die Arbeiterklasse den ungeheuren Aufgaben nicht gewachsen sei, vor die der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus sie stellte. Von der Unfähigkeit, die Politik Deutschlands selbständig zu leiten, waren die Unabhängigen ebenso überzeugt wie die Sozialdemokraten. Die Heranholung der Schiffer und Erzberger (nicht nur der militärischen Sachverständigen) zur politischen Leitung der Republik, die nach außen hin vertreten war durch die Regierung der Volksbeauftragten, ist der beste Beweis, daß die gesamte deutsche Sozialdemokratie, die rechte wie die linke Richtung, einer Meinung war darüber, daß nur gemeinsam mit der Bourgeoisie das Proletariat imstande sein werde, Herr der Schwierigkeiten zu werden.

Koalition mit der Bourgeoisie im Innern, Kapitulation vor der Entente, die Hoffnungen auf die Hilfe Amerikas, das war das A und O der Politik der Führer der großen Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse. Und nach allen Erfahrungen der revolutionären Massenbewegung in Deutschland in den letzten drei Jahren wäre es eine vollkommene Selbsttäuschung, wenn wir nicht klipp und klar uns darüber Rechenschaft geben würden, *daß diese Politik die Politik der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse war.* Die deutschen Arbeiter nahmen keinesfalls an, daß sie damit vor der Bourgeoisie kapitulierten. Sie hatten Machtbewußtsein, sie waren überzeugt, daß sie bei der Koalition nicht nur nicht kapitulieren, sondern daß sie ihre Lage sehr bessern würden. Nach Jahren der schwersten Entbehrungen, nach Jahren der Not und des Elends glaubten sie, ihre Lage zu bessern, wenn sie von der Bourgeoisie Lohnerhöhungen und den Acht-Stunden-Tag erzwangen. Nach Jahren der voll-

kommenen Kriegssklaverei konnten sie sagen: wir haben die Demokratie errungen, die vollkommene Freiheit der Bewegung; unsere Gewerkschaftsführer sind Minister, und nichts kann ohne ihren Willen im Staate geschehen. Nicht verzagt waren sie, als sie im Dezember des Jahres 1918 auf dem ersten Rätekongreß beschlossen, die Wahlen zur Nationalversammlung ausschreiben zu lassen. Sie rechneten mit dem Siege der Arbeiterklasse auf demokratischem Wege, und auch, wenn das nicht der Fall wäre — sie waren überzeugt, daß die Arbeiterklasse bei den Wahlen eine so starke Position erobern werde, daß sie auf dem Wege der Demokratie den Ereignissen so stark ihren Stempel aufdrücken werde, daß, nach ihren Früchten urteilend, die Nation ihr bei den nächsten Wahlen das Ruder der Regierung in die Hand drücken werde. Schritt für Schritt gingen diese Hoffnungen in die Brüche. Sie gingen in die Brüche in erster Linie dank der Politik der Sozialdemokratie. Die Mehrheitssozialdemokratie erklärte der Arbeiterklasse, der einzige Weg, der aus dem Elend und aus der Not herausführe, sei der Weg der Demokratie, aber die *Mehrheitssozialdemokratie verließ diesen Weg an demselben Tage, wo sie ihn proklamiert hatte*. Sie wußte ganz gut, daß die einzige revolutionäre Organisation, die ihr ernster Gegner war, der *Spartakusbund*, nur eine schwache Strömung in den Arbeitermassen war, ohne jede Massen-Organisation. Seitens des Spartakusbundes drohte dem Weg, den die Sozialdemokratie beschritten hatte, keine große Gefahr. Trotzdem ging die Sozialdemokratie zu Gewaltmaßregeln gegen die kommunistische Bewegung über. Sie provozierte sie zu einer Kraftprobe, mit der Berechnung, die kommunistische Bewegung niederzuwerfen, bevor sie erstarkt war. Von dem Moment an, wo Ebert die Kanonen gegen die Matrosen im Marstall auffahren ließ, über die Provokation der Januar-Unruhen durch die Absetzung Eichhorns, über die Märztage hinweg, in denen Noske bewußt durch die Lichtenberger Greuelnachrichten ein Pogrom aller Revolutionäre

herbeizuführen suchte, war das Bestreben der Sozialdemokratie darauf gerichtet, mit den Waffen in der Hand die kommunistische Bewegung niederzuwerfen. Gleichzeitig verzichtete die Ebert-Republik auf jeden Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente: weil sie die revolutionäre Arbeiterbewegung mit den Waffen in der Hand niederzuwerfen suchte, mußte sie sich auf die Elemente stützen, die am besten für das Schlächterwerk vorbereitet waren, auf die Offizierselemente, die unter dem Mantel der Verteidigung der Ebert-Republik die Eroberung der Machtmittel für den konterrevolutionären Umsturz suchten. Das Resultat des Kampfes der S. P. D. gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung war die Eroberung aller Gewaltpositionen im Staate durch das alte Offizierskorps. Im *Kapp-Putsch* kam das kraß zum Ausdruck, aber die Niederlage der Kapp-Leute brachte keinesfalls eine Aenderung. Der Machtapparat des Staates befindet sich bis heute in den Händen der weißen Offiziere. Der Unterschied besteht nur darin, daß die unvorsichtige Lüttwitz-Clique der sehr klugen und sehr vorsichtigen Clique des Generals Seekt, die zu warten weiß, Platz machte. *Die deutsche Republik hält ihren Kopf dauernd in der Schlinge des alten wilhelminischen Offizierskorps und es hängt nur von dem Urteil der deutschen Offiziere ab, wann sie den Moment für gekommen halten werden, diese Schlinge zuzuziehen.*

Die Mehrheits-Sozialdemokraten gaben die politische Machtposition in die Hände der Offiziere, wirtschaftlich kapitulierten sie zugunsten des kartellierten Kapitals. In ihrer Agitation erklärten sie, man könne den Sozialismus nicht auf einmal durchführen, man müsse systematisch, Schritt für Schritt vorgehen, die reifsten Industriezweige in die Hände des Staates übernehmen und die Verwaltung der so verstaatlichten Industrie Schritt für Schritt demokratisieren. Durch die gesetzlichen Betriebsräte sollten die Arbeiter praktisch lernen, wie man die Industrie verwaltet. Die Studien und die Untersuchungen der Sozialisierungs-

kommission füllen jetzt schon eine Bibliothek an, aber auf der Tagesordnung steht jetzt die Frage der Uebergabe der Staatseisenbahnen an die Privat-Unternehmer! Und es ist lächerlich, auch nur anzunehmen, daß die Herren Stinnes und Kompagnie diese Pläne auch nur für einen Augenblick aufgegeben hätten. Sie haben zuerst plump, wie es die politische Manier von Stinnes ist, ihre Forderungen gestellt, ohne zu berücksichtigen, daß nach fünfzig Jahren Existenz eines deutschen Reiches man nicht ohne weiteres den Ausverkauf seiner wirtschaftlichen Einrichtungen an die Privatindustrie proklamieren kann. Nachdem sie sich durch ihre Brutalität und Plumpheit die Finger verbrannt haben, lancieren die Stinnesleute ihre Pläne jetzt vorsichtiger. Jetzt wird über die Frage verhandelt, wie man die Eisenbahnen den Fabrikanten ausliefern könne unter Beibehaltung der formellen Staatsoberhoheit. *Die Sozialdemokraten haben sich mit großer Entrüstung gegen die Stinnespläne gewandt, und niemand hat in Deutschland, das — wie es scheint — jetzt nicht einmal seine eigene politische Literatur verfolgt, ihnen vorgehalten, daß der Plan der Auslieferung der Eisenbahnen an die Privatkapitalisten ausgeheckt wurde von dem wirklichen geistigen Führer der deutschen Mehrheitssozialdemokratie, von Parvus,* der in seinem Buche über den wirtschaftlichen Neuaufbau Deutschlands diesen Plan weit und breit entwickelt. Und Parvus tut es nicht, weil er selbst einer von denen ist, die sich an dem Ausverkauf Deutschlands beteiligen. *Parvus zieht nur die Schlüsse aus der Politik der deutschen Sozialdemokratie.* Es ist klar, daß das Chaos der deutschen Wirtschaft nicht weiter andauern kann. Verzichtet die demokratische Republik darauf, den Ausverkauf Deutschlands durch Tausende und Abertausende von Einzelschiebern einzudämmen, indem sie die Industrie syndiziert und sie unter die Kontrolle des Staates nimmt, so werden die großen deutschen Kartelle diese Aufgabe durchführen. Die großen Haifische weredn natürlich nicht ruhig zusehen, wie die Produktionselemente Deutschlands von Kleinen verschleppt werden. Und man kann nicht ein-

mal sagen, daß vom wirtschaftlichen Standpunkt aus die Stinnesierung nicht der *Versklarzung* vorzuziehen sei. *Indem die Sozialdemokraten jeden Versuch der Organisierung, ja auch nur der Kontrolle der Volkswirtschaft aufgegeben haben, haben sie den Boden vorbereitet für eine Situation, in der Stinnes als Retter des Vaterlandes auftreten kann.* Das Geschrei der Sozialdemokraten gegen Stinnes, gegen die Versklavung der Republik durch die deutschen Kohlen- und Eisenbarone kann und wird den Raubzug der großen Industrien und Banken nicht aufhalten. Die Sozialdemokratie selbst glaubt nicht daran, daß der jetzige Zustand der unkontrollierten Wirtschaft von Privat-Spekulanten besser ist als die Herrschaft der Trusts und Kartelle, die eine Organisation der Industrie im Interesse des Groß-Kapitals darstellen, aber jedenfalls ein Ausweg aus dem Chaos sind. Und wenn die Sozialdemokraten sich nicht zu einer Politik der Organisation, der Kontrolle der Produktion durch den Staat aufraffen, so werden sie jeden Kampf gegen die Stinnesierung Deutschlands aufgeben. Wenn Parvus in seinem Buche dies vorschlägt, spricht er nur aus, wozu die Scheidemänner objektiv genötigt sein werden. Die Arbeiterklasse Deutschlands muß wissen, daß es sich jetzt *nicht um eine Koalition mit Stinnes handelt; es handelt sich um die letzte Stunde vor der vollständigen Kapitulation der deutschen Arbeiterklasse vor den Trusts und Kartellen, vor den Eisen- und Kohlenkönigen.*

Die Kapitulation vor der deutschen Bourgeoisie ist ein Teil der Kapitulation vor der Weltbourgeoisie. Im November des Jahres 1918 war Deutschland militärisch zusammengebrochen. Die deutschen Sozialdemokraten glauben, daß das eine Erklärung für ihre Politik ist. Sie sagen, der militärische Zusammenbruch des deutschen Imperialismus, der Unwille der Arbeitermassen, weiter zu kämpfen selbst auch für den Schutz der Republik, habe zwangsläufig zu dieser Kapitulation geführt. Diese Behauptung ist nachweislich unwahr. Es genügt, jetzt die zahlreichen Bücher

über die Versailler Konferenz aufzuschlagen, um zu sehen, wie sehr die Sieger selbst empfanden, daß sie auf einem Vulkan saßen. Keynes sagt: Man hat den Eindruck gehabt, daß alles, was in Versailles vorgeht, vollkommen unreal ist. Ja, Deutschland hatte im Moment des militärischen Zusammenbruchs die Möglichkeit, sich auf Sowjetrußland zu stützen: ein irgendwie kampffähiges Polen trennte damals Deutschland von Sowjetrußland nicht. Ohne Waffen in die Hand zu nehmen, konnte Deutschland in dieser Situation der Entente, in der große innere Gegensätze bestanden, diplomatisch die größten Schwierigkeiten machen. Bei dem großen Bedürfnis nach Frieden, das in den Massen der Völker der Entente bestand, war die Möglichkeit der Entente, militärisch gegen Deutschland vorzugehen, sehr beschränkt. Die deutsche Sozialdemokratie lieferte aus Angst vor dem revolutionären Teil des Proletariats gemeinsam mit der Bourgeoisie Deutschland an die Entente aus. Die deutsche Bourgeoisie wollte, koste es was es wolle, Frieden mit der Entente schließen, um freie Hände für die Liquidation der revolutionären Krise im Lande zu bekommen. Sie tröstete sich dabei immer noch, daß später, wenn der Friede einmal unterzeichnet sein werde, die Entente etwas von ihrer Rechnung ablassen werde. Schon im November 1918 erklärte Schiffer, der als Demokrat kostümierte Nationalliberale, in seiner Rede über die Finanzlage Deutschlands, daß die Entente nicht imstande sein werde, Deutschland selbst zu verwalten, und darum werde sie die deutschen Kapitalisten als ihre Fronwächter schonen. Diese Hoffnung auf die Amnestie seitens der Entente hat sich als eine große Illusion erwiesen. Die Lage Frankreichs erlaubt ihm nicht, auf die Ausplünderung Deutschlands zu verzichten. Es kann Zugeständnisse in dieser oder jener Form machen. Es kann aber nicht einmal solche Formen der Ausbeutung Deutschlands zulassen, bei denen Deutschland zwar seine Schulden an die Entente allmählich abzahlen, aber gleichzeitig sich selbst wirtschaftlich langsam aus dem

Chaos herausarbeiten würde. Die Spekulation auf die Amnestie seitens der Entente ist jetzt zu einem Schwindel geworden, an den kein einziger ernst zu nehmender Mensch mehr glaubt. Ja, wenn Deutschland endgültig wirtschaftlich zusammenbricht, wird die Entente vor die Frage gestellt sein, welche Tribute sie und wie sie sie aus dem zusammengebrochenen Lande herausschinde. Sie wird vielleicht dann *die deutschen Gruben und Eisenbahnen als Pfandobjekte behandeln* und die Entwicklung Deutschlands von einem selbständigen wirtschaftlichen Körper zu einer Ruine beenden. Etwas anderes kann sie nicht tun aus dem einfachen Grunde, weil sie das, was sie den Deutschen von ihrer Schuldrechnung abläßt, Frankreich selbst zuschießen müßte. Wie sehr England und Amerika eilen, die Schulden der schwächeren Alliierten zu streichen, das zeigen sie doch in der Behandlung der Frage der gegenseitigen Annullierung der Schulden! Amerika, das Hauptgläubigerland, hat natürlich keine Ursache, ein solches *Druckmittel auf die europäische Politik,* wie es die Schulden der Alliierten sind, *aus der Hand zu geben.* Die deutsche Bourgeoisie ist *finanziell bankrott.* Die Zahlung der ersten Milliarde hat eine solche wirtschaftliche Erschütterung verursacht, daß nur blinde Menschen nicht sehen, daß Deutschland nicht mehr lange imstande sein wird, die Politik der Erfüllung der Versailler Verpflichtungen weiter zu führen. Parvus, dessen Buch über den wirtschaftlichen Wiederaufbau zweifelsohne die am schärfsten durchdachte bürgerliche Analyse der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und des Reparationsproblems ist, erklärt ausdrücklich und mit vollem Recht, daß Deutschland bankrott ist. Wenn die deutsche Bourgeoisie diese Bankrott-Erklärung nicht abgibt, so aus dem Grunde, weil sie fürchtet, Frankreich werde auf eine solche offene Bankrott-Erklärung mit der Besetzung des Ruhrgebietes antworten. Wird aber Deutschland in dem Moment, wo es nicht mehr imstande sein wird, seine Verpflichtungen zu erfüllen, den guten Willen zur Weiterzahlung und zu einem neuen Abkommen bekunden, dann wird Frankreich

sich mit der Stundung der Schulden einverstanden erklären. Die Spekulation auf die Einsicht des Pariser Shylocks ist das glatte Eingeständnis des vollen Bankrotts der bürgerlichen und sozialdemokratischen Politik in Deutschland.

Die Bilanz der drei Jahre besteht also darin: Die *Republik* befindet sich in den *Händen der Konterrevolutionäre*, die sie jeden Tag erdrosseln können. Die Konterrevolution verfügt über die Armee, sie verfügt über die Verwaltung, sie kann vollkommen straflos jedes Verbrechen begehen, ohne zu fürchten, daß sie gefaßt, geschweige denn bestraft wird. *Wirtschaftlich ist das Land bankrott.* Der äußerlich funktionierende Apparat der Industrie und die krampfhaften Versuche der Kapitalisten, ihn in Gang zu halten, täuschen nur sehr oberflächliche Beobachter. Das Wachstum des Exportes auf der Basis der fallenden Mark bedeutet natürlich die dauernde Verringerung der Wirtschaftskräfte Deutschlands, denn bei der geringen Einfuhr der Rohstoffe zehrt die Ausfuhr am Mark der wirtschaftlichen Kräfte des Reiches. *Die wachsende Verelendung der Arbeiterklasse* trotz der Schwindelkonjunktur ist eine Tatsache, die man dem deutschen Arbeiterpublikum nicht erst zu beweisen hat. Die einfache Tatsache, daß der Gesamt-Index für deutsche Waren, der nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung" im Juni 128, am 6. November 248 betrug, ohne daß sich in dieser Zeit die Löhne verdoppelt haben, besagt alles. Der Bankrott des Staates, der mit raschen Schritten naht, wird die Wirtschaftslage des Proletariats katastrophal verschlimmern. *Die deutsche Sozialdemokratie, ohne deren Unterstützung die ganze Zeit lang keine bürgerliche Regierung existieren konnte, steht vor dem blanken Nichts.* Ihre Methode der Koalition mit der Bourgeoisie hat bankrottiert wie selten eine in der Geschichte.

Die deutsche Sozialdemokratie klopft die russischen Kommunisten auf die Schulter und Herr Scheidemann läßt die „Scheidemänner" in Moskau grüßen. Die deutsche sozialdemokratische Presse wird ganz gewiß auf diese unsere

Bilanz mit der Bilanz der vier Jahre der russischen Sowjetrepublik antworten und fragen: Sind die russischen Kommunisten nicht genötigt, jetzt, nach vier Jahren, die größten Zugeständnisse an das Weltkapital zu machen? Haben sie vermittels der diktatorischen revolutionären Methode mehr erreicht als wir? Die Antwort auf diese Frage kann sehr kurz sein. Wenn an eine Armee, die vier Jahre lang blutend und darbend im Kampfe stand und sich auf neue Positionen zurückzieht, die Hauptverbindungen und Machtmittel in den Händen behaltend, auf ihrem Rückzug Deserteure herantreten und höhnen würden: „Na, dann waren wir doch klüger, wir haben überhaupt nicht gekämpft; wir sind ausgerissen!", so würden die Kämpfer den Deserteuren auf diese Frage eine Antwort geben, die wir hier nicht niederschreiben können!

Für uns handelt es sich nicht um alten Streit, sondern um das, was weiter kommen soll: *nicht um Scheidemann, sondern um die Millionen deutscher Proletarier, die noch hinter der Mehrheitssozialdemokratie stehen.* Und wir sagen diesen Millionen: Niemals haben die russischen Kommunisten geglaubt, daß man in Rußland allein, isoliert den Kommunismus einführen kann. Sie gingen dem europäischen Proletariat voran, weil sie mußten und weil sie nur durch ihr Beispiel auf die Arbeiterklasse der anderen Länder wirken konnten. Sie haben im vierjährigen Kampfe durch die Diktatur des Proletariats die Unabhängigkeit ihres Landes gesichert. Da die Arbeiterklasse Westeuropas nicht imstande ist, so schnell der russischen Sowjet-Republik zu helfen, wie wir Kommunisten es erhofften, so ist die Sowjetrepublik genötigt, dem Weltkapital Zugeständnisse zu machen; für Maschinen, die sie von dem Proletariat nicht bekommt, muß sie mit Konzessionen zahlen. Sie muß ihre geschwächten Kräfte darauf konzentrieren, die wichtigsten Industriezweige in ihren Händen zu behalten, sie muß darum die mittlere und die kleine Industrie in Pacht an die Kapitalisten geben. *Aber sie behält ihre Macht und diese*

Macht gilt dem Schutze der Arbeiterklasse. Noch auf dem Rückzuge ist Sowjetrußland eine Macht, mit der der Gegner rechnen muß. Und wie er sie fürchtet, das zeigt er am besten dadurch, daß er sich nicht entschließen kann, auf ihre Zugeständnisse einzugehen, weil er fürchtet, ihre revolutionäre Macht zu stärken. *Deutschland aber ist eine Ruine, deren demokratische Regierungen Puppen in der Hand der Londoner oder Pariser Regierungen sind.* Das liegt nicht nur daran, daß die geographische Lage Deutschlands schlechter ist als die Rußlands, es liegt auch daran, *daß die führende Partei des deutschen Proletariats, die Sozialdemokratie, von vornherein jeden Kampf, jede Vorbereitung für den Kampf, jeden Gedanken an den Kampf aufgegeben, vor dem Kampf kapituliert hat.* Alles andere ist die Folge dieser Tatsachen. Jetzt stehen die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Arbeitermassen an einem *Scheidewege.* Sie haben vielleicht zum letzten Mal darüber zu beschließen, ob sie von diesem Wege umkehren wollen, ob sie, auf die Kräfte der großen deutschen Arbeiterklasse vertrauend, einen neuen Abschnitt beginnen, einen Ausweg aus der Lage suchen, oder ob sie blind der Katastrophe entgegengehen wollen.

II.

Der Ausweg.

Das wirtschaftliche Problem Deutschlands besteht darin, daß zweifelsohne weniger produziert wird als vor dem Kriege, daß weniger exportiert und weniger eingeführt wird. Und trotz dieser Einengung des deutschen Wirtschaftslebens muß Deutschland an die Entente große Abgaben zahlen, es muß Milliarden an Werten ausführen, ohne Gegenwerte zu erhalten. Gleichzeitig hat zweifelsohne eine Verschiebung in der Verteilung des Einkommens innerhalb Deutschlands stattgefunden. Die Spitzen der Bourgeoisie verbrauchen viel mehr als sie jemals verbraucht haben. Die Industrie hat sich zum großen Teil eingestellt auf den Luxuskonsum der Besitzenden, wie auf allerhand Machinationen, deren einziger Zweck ist, möglichst viel auszuführen, um fremde Devisen zu erlangen, die im Auslande bleiben und so dem Zugriff der deutschen Steuerbehörden entzogen werden. Aus dieser Sachlage ergibt sich, was zu tun ist.

Die erste Vorfrage lautet: *Kann Deutschland die Zahlung des Tributs an die Entente ohne weiteres einstellen?* Die Antwort auf diese Frage kann nur verneinend sein. Eine kurzer Hand vorgenommene Kündigung des Versailler Friedens würde zweifelsohne die Besetzung Deutschlands oder seiner wichtigsten industriellen Bezirke nach sich ziehen. Es ist eine andere Frage, ob diese Besetzung der französischen Regierung helfen würde, auf die Dauer auf ihre Rechnung zu kommen. Die Kosten dieser Besetzung,

ihre politischen Folgen in Frankreich selbst, die Steigerung der wirtschaftlichen Deroute Deutschlands, würden ganz gewiß die Aussichten Frankreichs auf Erlangung des Tributes nicht erhöhen, sondern mindern. Aber einstweilen würde eine solche Politik die schrankenlose Herrschaft der Alliierten in Deutschland herbeiführen und die soziale Katastrophe unter Umständen eintreten lassen, in denen sie keinesfalls ein Chaos bedeuten würde, das einen neuen Stern gebiert. Denn unter den Fittichen der Okkupationsbehörden würde sich das schlimmste Geschmeiß der deutschen Bourgeoisie mit den Okkupanten in die Herrschaft teilen. Sie würden zusammen die Arbeiterklasse niederhalten und ausplündern. Sogar wenn in Deutschland die Arbeiterklasse die Macht ergreifen würde, würde sie *kein va banque* spielen dürfen. Schon im Jahre 1919 wurde in der Polemik gegen Laufenberg und Wolffheim geschrieben, daß die Kommunistische Partei, die keine Verantwortung für den Versailler Frieden übernommen hat, sich keinesfalls verpflichten darf, im Falle der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse den Versailler Frieden sofort zu zerreißen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Entente im Falle der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse viel größere Schwierigkeiten zu überwinden hätte, um militärisch gegen Deutschland vorzugehen. Sie müßte einen viel stärkeren Widerstand der Arbeiterklasse in ihren eigenen Ländern überwinden, als wenn sie mit einem bürgerlichen Deutschland zu tun hätte. Aber einstweilen ist die Arbeiterklasse Deutschlands nicht so weit, die Gewalt zu erobern. Ihre Herrschaft hat sich psychologisch auf die Massen in den Ententeländern noch nicht ausgewirkt, und wir haben von der Tatsache auszugehen, *daß Deutschland nicht umhin kann, in der nächsten Zeit mit der Tributpflicht an die Entente zu rechnen.* Eine deutsche Regierung, von der die Entente weiß, daß sie nicht nur mit äußeren Notwendigkeiten, sondern auch mit *innern Unmöglichkeiten* rechnet, eine Regierung, von der die En-

tente weiß, daß sie nicht nur *wägen*, sondern auch *wagen* wird, würde darauf rechnen können, daß es ihr gelingen wird, Stundungen und Kürzungen der Reparationspflicht zu erlangen. Jedenfalls müßte diese Regierung darauf eingestellt sein, daß angesichts der Verpflichtung, in absehbarer Zeit den Tribut an das kapitalistische Ausland zu zahlen, *neue Quellen für die Zahlung in Deutschland zu suchen sind.*

Wie kann die Zahlung erfolgen, *ohne die Arbeiterklasse zu erdrosseln?* Sie kann nur erfolgen durch die höchste Steigerung der Produktivkräfte Deutschlands. Die Steigerung der Produktivkräfte Deutschlands erfordert die Ausrottung und Ausschaltung erstens aller Parasiten, die an dem Körper der deutschen Volkswirtschaft schmarotzen. Die zweite Maßregel wäre die Ueberwindung des wirtschaftlichen Chaos, die Ausschaltung der Produktion des Unnotwendigen, des Verschiebens wichtiger Produktionselemente. Das alles erfordert *Produktionskontrolle* und *Handhaben, die der Regierung erlauben, das Notwendige durchzuführen.* Die Sozialdemokraten und die U. S. P.-Leute fordern die Erfassung der Goldwerte; der Gewerkschaftsbund hat die Höhe der zu erfassenden Goldwerte mit 25 Prozent angegeben. Was bedeutet die Erfassung der Goldwerte? Der Staat bekommt als Steuer einen Teil der Aktien. *Was unternimmt er mit diesen Aktien?* Das ist der springende Punkt. Wenn er diese Aktien an das Ausland verkaufen würde, um dafür fremde Valuta zur Begleichung der Reparationsschulden zu bekommen, so würde daraus nur eine Verschlimmerung der Lage eintreten. *Die Arbeiterklasse muß verstehen, daß die Erfassung der Goldwerte nur dann einen Ausweg bedeutete, wenn sie dem Staate die Möglichkeit geben würde, die Richtung der Produktion, ihre Art, ihren Umfang und die Höhe der Preise mit zu bestimmen. Kurz und gut, wenn sie den Ausgangspunkt bilden würde für die Neuorganisation der Produktion, für die Ueberwindung der kapitalistischen Anarchie.* Es ist

nicht wichtig, jetzt schon zu bestimmen, wie groß der Aktienbesitz des Staates sein muß. Das kann man nur tun vom Standpunkt der Steuerbedürfnisse, nicht vom Standpunkt der Kontrolle der Produktion aus. Von diesem Standpunkt aus wird z. B. die Höhe der Teilnahme an dem Besitz der Schlüssel-Industrien größer sein müssen als der an dem anderen. Der Staat muß einen solchen Anteil an der Produktion haben, der ihm erlauben würde, die Industrie zu beherrschen, ohne sie vollkommen zu verstaatlichen.

Der Verzicht auf die vollkommene Verstaatlichung ist begründet nicht nur in der Tatsache, daß zur Enteignung aller wichtigsten Produktionsmittel der Industrie und des Großgrundbesitzes eine Ueberwindung der Bourgeoisie im offenen Kampfe notwendig ist. Sogar, wenn die Arbeiterklasse die Macht erobert hätte, würde sie nicht imstande sein, auf einmal die Leitung der gesamten Produktion zu übernehmen. Sie müßte stufenweise vorgehen. Auch die russische Arbeiterklasse, auch die Kommunistische Partei Rußlands hatte keinesfalls im Jahre 1917 vor, auf einmal die ganze Produktion zu sozialisieren. Sie wurde dazu später durch die Zeitumstände gezwungen. Einstweilen würde es sich, wie gesagt, darum handeln, durch die leitende Teilnahme des Staates an der Industrie die Produktion zu heben und die Verschleuderung ihrer Ergebnisse zu verhindern. Der Staat würde die Industrie unter seiner Leitung syndizieren, ohne ihre Verwaltung in eigene Hände zu nehmen. *Die Vertreter der bisherigen Privat-Industrie, die Vertreter der Arbeiterorganisationen und die Vertreter der Staatsgewalt hätten gemeinsam die Produktion zu leiten.* Da das Geschäftsgeheimnis auf diese Weise sich in den Händen des Staates befinden würde, so hätte der Staat die Möglichkeit, die Produktionsergebnisse zur Tragung der Reparationslasten ganz anders heranzuziehen, als es bisher der Fall war. Ohne die Produktionsmittel an das Ausland zu verkaufen, hätte der Staat neue große Unterlagen zur Gewinnung ausländischer Kre-

dite. Die Arbeiterorganisationen hätten die Gelegenheit zur Beteiligung an einer wirklichen Kontrolle und Leitung der Produktion; das, was ihnen das Gesetz über die Betriebsräte an Einsicht in die Wirtschaftsverhältnisse bisher erlaubte, ist nichts anderes als ein Hohn.

Die wirkliche Erfassung der Sachwerte als Anfang einer Politik der Neuorganisation der Produktion, einer Politik, die über den Rahmen des Kapitalismus hinausführen würde, würde natürlich die größten *Widerstände bei der Bourgeoisie hervorrufen.* Gestützt auf die konterrevolutionär gesinnte Verwaltung, gestützt auf die reaktionäre Leitung der Reichswehr, gestützt auf die weißen Organisationen, würde das Industrie- und Finanzkapital alles tun, um diese Politik zu sabotieren. Die Regierung, die ernsthaft die Arbeitermassen von der Erdrückung durch die Steuerlasten zu retten suchen würde, die ernsthaft den Kampf um die Neuorganisation der Industrie führen würde, wäre genötigt, von vornherein Maßregeln zu ergreifen, damit sie nicht über den Haufen geworfen wird. Sie müßte an die Spitze der Reichswehr Offiziere stellen, denen die Rettung Deutschlands näher liegt als die Rettung der Profite der Schieber. Sie müßte in ihrem Sinne die Reichswehrtruppen bearbeiten, alle feindlichen Elemente ausschalten und durch gewerkschaftlich-organisierte Arbeiter ersetzen. Sie müßte dafür sorgen, daß die Verwaltung aus den Händen der Reaktionäre genommen wird, müßte sich auf die Massen des Proletariats und des bisher zermalmten und zermürbten Kleinbürgertums stützen, sie müßte verstehen, Verbindung mit den ärmeren Schichten im Dorfe zu finden, ihnen allen beizubringen, daß es sich hier nicht um Experimente auf ihre Kosten handele, sondern um eine Politik, die nicht minder in ihrem Interesse wie in dem der Arbeiterklasse eingeleitet wurde. *Gibt es eine bürgerliche Partei, die eine solche Politik mitmachen würde?* Mögen einzelne Personen aus der bürgerlichen Klasse, vor die Wahl gestellt: mit den Schiebern oder mit der Arbeiter-

klasse, vor die Wahl gestellt: Kapitulation vor dem kapitalistischen Auslande, Untergang Deutschlands und seine Verwandlung in eine fremde Kolonie oder Arbeiterregierung, sich für das Proletariat entscheiden. Daß es keine bürgerliche Partei gibt, die sich dafür entscheiden würde, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. *Das Aufgeben der Koalition mit der Bourgeoisie bildet eine unumgängliche Vorbedingung der oben geschilderten Politik.* Ohne Bruch mit der Koalition ist jedes Gerede von der Erfassung der Goldwerte, von der Entlastung der Massen ein Betrug oder ein Selbstbetrug. Für die Durchführung dieser Politik ist eine andere Koalition notwendig: *die Koalition der Arbeiter* in Land und Stadt, der physischen wie der geistigen, eine Regierung, die sich stützt auf die Millionen und Abermillionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellter, eine Koalition aller Werktätigen, die sich weder erdrücken lassen wollen von der Not, noch Deutschland zum Dünger fremder Kapitalisten hergeben wollen.

Die Losung einer Arbeiterregierung als der Regierung der Rettung des deutschen Volkes muß aus den Arbeitermassen hervorgehen, sie muß sich sammeln zu einer eisernen Phalanx. *Nicht als bloße Kombination der in die Enge getriebenen Parteiführer, sondern nur als Politik der breitesten Arbeitermassen kann diese Politik siegen.* Nicht die Parteileitungen, nicht die parlamentarischen Fraktionen werden den Kampf auszukämpfen haben, sondern die breitesten Arbeitermassen, und nur wenn sie von dem Willen erfüllt sind, für ihre Sache einzustehen, für sie zu kämpfen, ist es möglich, aus der Not und dem Elend, wenn auch nicht ganz herauszukommen, so doch wenigstens einen Schritt vorwärts zu machen.

III.

Die Angst vor dem Staatskapitalismus.

Ist der geschilderte Weg *gangbar für die Kommunistische Partei Deutschlands?* Um diese Frage zu verneinen, müßte man beweisen, daß dieser Weg den Interessen der deutschen Arbeiterklasse nicht dient, daß es einen anderen, besseren Weg gibt, der die Arbeiterklasse Deutschlands aus der Situation, in der sie sich befindet, herausführen könnte. *Einen anderen Weg gibt es nicht.* Wenn dem aber so ist, so handelt es sich bei allen Erwägungen, die gegen den vorgeschlagenen Weg vorgebracht werden, nur um eine Beklommenheit darüber, daß die Entwicklung Deutschlands nicht den Weg gegangen ist, den wir Kommunisten vorziehen würden. Aber nicht wir können der Geschichte ihre Wege vorschreiben, sondern sie schreibt uns das Gesetz des Handelns vor. Die Argumente, die gegen diesen Weg vorgebracht werden, sind theoretisch unhaltbar. Der erste Einwand bezieht sich auf den Zustand, den wir im besten Falle auf dem hier geschilderten Wege erreichen können: es ist nicht der Kommunismus, sondern der *Staatskapitalismus,* der so erreicht werden könnte, hören wir von verschiedenen Seiten, und sie berufen sich auf die alten Debatten, die in der internationalen Sozialdemokratie über die Frage des sogenannten Staatssozialismus, in Wirklichkeit über den Staatskapitalismus geführt wurden. Alle Argumente, die

jetzt von einem Teil der Genossen ins Treffen geführt werden, bilden nur eine Aufwärmung der Argumente, die vor vierzig Jahren von Jules Guesde und anderen wortradikalen Führern der Sozialdemokratie angeführt wurden. Wir können hier aus Mangel an Platz nicht die Schriften und Reden Guesdes zitieren. Jeder parteigeschichtlich interessierte Genosse kann sie in der dokumentarisch belegten Arbeit von *Max Schippel*: Parteigeschichtliche Rückblicke (Monopolfrage und Arbeiterklasse, Berlin, 1917, Verlag: Vorwärts) finden.

Die Argumente bezogen sich darauf, daß der kapitalistische Staatsbetrieb die Machtmittel des kapitalistischen Staates erweitere, daß er die Krisen banne und dadurch die kapitalistische Gesellschaft in ihrem Bestande stärke. Diese Argumente wurden gründlich überholt durch die ökonomische Entwicklung. Heute herrschen in allen kapitalistisch entwickelten Ländern Trusts und Kartelle mit ihrem System der schwarzen Listen, vor denen der einzelne Arbeiter keine Zuflucht in Privatbetrieben finden kann. Der Staatsbetrieb kann auf diesem Gebiete keine Verschlechterung der Lage herbeiführen. Umgekehrt, gegen die arbeiterfeindliche Politik des Staates kann das Proletariat in breiter Front ankämpfen, während bei der Zerbröckelung der Front der Arbeiter in Einzelkämpfen der einzelnen Betriebe die Arbeiter den kürzeren ziehen. Denn die Kapitalisten sind imstande, hinter den Kulissen ihrer Verbände Solidarität zu üben, während die Arbeiter den Eindruck haben, es handele sich hier nicht um gemeinsame Interessen, sondern um die Interessen der einzelnen Gruppen. Was die Stabilisierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch den Staatskapitalismus anbetrifft, so kann jeder deutsche Arbeiter auf diese Frage selbst eine Antwort geben. In der ganzen Welt sucht das Privatkapital alle Ueberreste sogar der kriegswirtschaftlichen Regelungen abzuschaffen. *In dieser Situation bedeutet die Forderung der Teilnahme des Staates an der In-*

dustrie den schärfsten Kampf gegen die Bourgeoisie. In einer Lage wie der in Deutschland, wo es sich darum handelt, daß der Staat auf dem Wege der Besteuerung, d. h. ohne Entgelt, große Teile der Produktionsmittel konfiszieren soll, ist der Weg zum „Staatskapitalismus" der Weg des revolutionären Kampfes, der in der gegebenen Situation zum Kampfe um die Macht der Arbeiterklasse werden kann.

Manche Genossen befürchten, daß, indem die Kommunistische Partei ähnliche Forderungen aufstellt, sie dadurch zugibt, daß wir erst durch eine Epoche des Staatskapitalismus hindurch müssen, bevor die Arbeiterklasse siegen kann. Somit wäre eingestanden, daß Marxisten vom Schlage Cunows Recht hatten, als sie sagten, die Zeit sei noch nicht reif für den Sieg der Weltrevolution, wir müßten noch durch die Epoche des Staatskapitalismus hindurch. Die Auffassung Cunows ist ganz gewiß unrichtig. Der Sieg der Weltrevolution geht nicht auf so mechanischem Wege vor sich, daß die kapitalistische Klasse zuerst uns überall die Sache möglichst gemütlich einrichtet, indem sie die zentralisierte Produktion in die Hände des Staates überführt, worauf wir später nur die Staatsgewalt in die Hand zu nehmen brauchen, um alles schön eingerichtet und vorbereitet vorzufinden.

Die proletarische Revolution kann ausbrechen — und brach in Rußland aus —, bevor noch der Privatkapitalismus in den Staatskapitalismus verwandelt wird. Und sie kann überall in der Welt siegen, ohne daß früher der Staatskapitalismus gesiegt hat. Daraus folgt aber nicht, daß *wir in den Ländern, wo sich die Revolution langsam und mühevoll durchsetzt, nicht ein Interesse haben, das kapitalistische Privatmonopol in ein staatliches zu verwandeln* und so eine große organisatorische Vorarbeit für den Sozialismus zu leisten. Dies um so weniger, als dies die Lage der Arbeiterklasse fordert, da staatskapitalistische Aenderungen die Arbeiterklasse vor einer großen neuen Belastung durch Steuern schützen sollen und schützen können.

Haben wir aber nicht immer gesagt, daß, solange die Arbeiterklasse die Macht nicht erobert hat, es ein Unsinn ist, von Sozialisierung zu sprechen? Haben wir nicht die Sozialisierungspläne der Sozialdemokraten als Schwindel bekämpft? Ja, wir haben es getan, tun es heute und werden es morgen tun. Der Augenblick des Sozialismus wird kommen, wenn das Proletariat über die Bourgeoisie gesiegt haben wird. Eine Beteiligung des Staates, sogar bei der Existenz einer Arbeiterregierung, geschweige denn bei der Existenz einer Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie, ist kein Sozialismus und keine Sozialisierung. Es ist eine Herrschaft des Kapitalismus, der vom Staate kontrolliert wird. Unser Kampf richtete sich *gegen die Verdeckung dieser Tatsache.* Als die Arbeiterklasse Ende 1918 und Anfang des Jahres 1919 wild die Bastillen des Kapitalismus berannte, suchten die Koalitionsregierungen ihren Ansturm aufzuhalten, indem sie erklärten: Die Sozialisierung ist auf dem Marsche. Wir aber sagten den Arbeitern: Ohne Eroberung der politischen Macht keine Sozialisierung. Wollt Ihr den Sozialismus erobern und die Produktionsmittel zum Gemeineigentum der Arbeiterklasse machen, so müßt Ihr die Macht in die Hand nehmen und mit ihrer Hilfe den Widerstand der Bourgeoisie brechen. Die Arbeiterklasse ließ sich durch die Sozialdemokraten irre führen. Sie hat nicht nur den Sozialismus nicht erobert, sondern sie steht jetzt vor dem Versuch des Privatkapitals, alle Produktionsmittel, die noch dem Staate gehören, zum Privatmonopol des Kapitals zu machen und alle Lasten der Arbeiterklasse aufzubürden. Demgegenüber sagen wir: Da die Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit nicht gewillt ist, die Bourgeoisie niederzuwerfen und sich zum Besitzer der Produktionsmittel zu machen, so muß sie *sich wenigstens ihrer Haut gegen die neuen Steuern wehren.* Sie muß wenigstens dafür Handhaben erwerben, daß sich ihre Lage nicht katastrophal verschlechtert. Indem sie um das staatskapitalistische Etappenziel kämpft, beginnt sie den Kampf, der zu weiteren Zielen führen wird, — den Kampf um die Kontrolle der Produktion.

Die Genossen, die für die Erfassung der Goldwerte eintreten, die Kontrolle der Produktion fordern, aber gleichzeitig das Wort „Syndizierung der Industrie", „Staatskapitalismus" fürchten, gleichen jenem getauften Juden, der Freitag einen Ochsenbraten aß und ihn „Fisch" nannte mit der Erklärung, wie er durch die Besprengung mit Wasser vom Juden zum gläubigen Christen geworden sei, so habe er den Ochsen durch einen Spruch in einen Fisch verwandelt. Aber die Leute, die den Ochsenbraten rochen, glaubten nicht, daß er ein Fisch sei, wie die frommen Katholiken kaum einen getauften Juden für einen vollwertigen Jünger Jesu Christi halten. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat nicht die geringste Ursache, durch fromme Sprüche das Wesen ihrer Forderungen den Massen zu verhüllen. Umgekehrt. Sie hat die Pflicht, den Arbeitern zu helfen, klar zu erfassen, was sie tun und wofür sie kämpfen. Und warum sollten wir fürchten, den Arbeitern zu sagen, daß es in ihrem Interesse liegt, wenn die Industrie, wenn die Banken staatlich syndiziert und kontrolliert werden. Diese Forderung ist *keine neue. Sie war schon aufgestellt, als wir die Kontrolle der Produktion im Jahre 1919 forderten.* Was ist die Kontrolle der Produktion? Die Arbeiter sollen nicht nur erfahren, was der Fabrikant produziert, wie er es verkauft, sondern sie wollen seine Geschäftsgeheimnisse erkennen, um gegen das Chaos in der Produktion, gegen die Verschleuderung der Produktion anzukämpfen. Darum haben die Arbeiter, als sie die Losung der Kontrolle der Produktion aufstellten, schon im Jahre 1919 verstanden, daß sie nicht ausgeübt werden kann in jeder Fabrik besonders, von kleinen Gruppen von Arbeitern auf eigene Faust. Sie kämpften dafür, daß sich die Betriebsräte nach Wirtschaftszweigen zusammenfassen, daß sie zentral jeden Zweig der Produktion kontrollieren und daß sie sich nach Bezirken und im ganzen Reiche zusammenfinden zur gemeinsamen Kontrolle des ganzen Wirtschaftsbetriebes. Wenn sich die Betriebsräte zwar zusammenschließen, aber

eine jede Fabrik ihre Produktion besonders regelt, indem sie besonders Maschinen und Rohstoffe einkauft und Waren verkauft, wie kann da von einer zentralen Kontrolle der Produktion die Rede sein? Dann klafft ein *Gegensatz zwischen der zentralen Zusammenfassung des menschlichen Elementes in der Produktion und dem Dezentralismus des sachlichen Elements.*

Diese Frage vom Zusammenhang der staatlichen Syndizierung der Industrie und der Kontrolle der Produktion konnte nicht klar vor den Augen der Massen stehen, weil die Kontrolle der Produktion in eine Parodie der gesetzlichen Betriebsräte ausmündete. Der Kampf um die Erfassung der Sachwerte bedeutet den *Wiederbeginn des revolutionären Kampfes um die Kontrolle der Produktion.* Nicht vertuschen sollen wir ihre Bedingungen, sondern sie den Arbeitern klarmachen.

IV.

Die Arbeiterregierung und die Kommunistische Partei Deutschlands.

Ohne Arbeiterregierung kann die Arbeiterklasse zwar um die Kontrolle der Produktion und die Steuerentlastung kämpfen, aber sie kann sie nicht durchführen. Aber — so wenden verschiedene Genossen ein — das Ziel der Kommunistischen Partei Deutschlands ist die Räteregierung. Nur an einer Räteregierung können sich die Kommunisten beteiligen, hieß es in einer Resolution über die thüringische Regierungsfrage. Das ist ein vollkommener Trugschluß.

Die Räteregierung ist die Form der Herrschaft der Arbeiterklasse. Sogar durch ein Parlament, in dem sich eine bürgerliche Minderheit befindet, kann der Sozialismus nicht durchgeführt werden. Nicht allein darum, weil die bürgerliche Mehrheit durch parlamentarische Kniffe jedes schnelle und energische Handeln der proletarischen Regierung zu verhindern suchen würde. Nicht nur darum, weil die Bourgeoisie auf die Dauer sich die Eingriffe auch einer parlamentarischen Mehrheit in ihre Eigentumsrechte nicht gefallen lassen, sondern einen Bürgerkrieg gegen diese parlamentarische Mehrheit und ihre Regierung eröffnen würde. Der Boden für ein gemeinsames Parlament der Arbeiter und der Kapitalisten würde dadurch zerstört. Die Notwendigkeit der Räteregierung,

d. h. der Regierung, die ausgeübt wird durch proletarische Organisationen, die zusammengesetzt sind aus Vertretern der Proletarier nach Betrieben, liegt darin begründet, daß die Arbeiterregierung in erster Linie die wirtschaftlichen Verhältnisse zu ändern hat. Sie muß sich darum stützen auf allgemeine proletarische Organisationen nach der Zusammenfassung des Proletariats in Betrieben. Die Fundierung der proletarischen Regierung auf Räten sichert ihr auch den innigsten Zusammenhang mit den Betrieben. Die Räteregierung wird darum die Regierungsform der siegreichen Arbeiterklasse sein. Aber damit ist nichts darüber gesagt, *auf welchem Wege wir zur Räteregierung gelangen.*

Wir können zur Räteregierung gelangen auf dem Wege, daß die Arbeiterklasse solange eine beherrschte und unterdrückte Klasse bleibt, bis sie in ihrer überwiegenden Mehrheit verstehen lernt, daß sie nur auf dem Wege der Aufrichtung der Diktatur und der Räteherrschaft zum Siege gelangen kann. Wir können aber auch zur Räteregierung dadurch gelangen, daß die Arbeiterklasse zuerst den demokratischen Weg solange beschreitet, bis sie auf demokratischem Wege die parlamentarische Mehrheit erobert, eine Arbeiterregierung einsetzt und *erst durch die Erfahrung mit dieser Arbeiterregierung, durch den Kampf, den die Bourgeoisie vermittels der demokratischen Rechte gegen diese Regierung eröffnet, gezwungen wird, in den Kampf um die Diktatur einzutreten.* Kommunisten, die die zweite Möglichkeit prinzipiell ablehnen würden, wären starrköpfige, wirklichkeitsfremde Doktrinäre, unfähig, den Kampf auf dem Boden zu führen, der gegeben ist. Sie wären wie jene Tänzerinnen, die nur vom Ofen den Tanz zu beginnen verstehen.

Warum aber haben wir im Jahre 1918 und 1919 nur den ersten Weg im Auge behalten? Aus einfachen Gründen. Die kapitalistische Welt befand sich damals in einer akuten revolutionären Krise, in der *Demobilisations - Krise.* In

solchen Krisen reifen die Massen sehr schnell, und es war die Möglichkeit vorhanden, auf kürzerem Wege zum Ziel zu gelangen. Wir hatten die Pflicht, dem Proletariat Umwege zu ersparen. Die Müdigkeit des Proletariats und die Traditionen haben sich stärker gezeigt, als wir glaubten. Die Bourgeoisie überwand die Demobilisationskrise. Das Proletariat wurde zurückgeschlagen; es beginnt sich erst allmählich unter den Schlägen der Weltwirtschaftskrise, unter den Schlägen der Reaktion, unter dem Drucke des wirtschaftlichen Zerfalles in Bewegung zu setzen. Es hat seine demokratischen Illusionen noch nicht überwunden. Es hat sich noch nicht zu eiserner Entschlossenheit ermannt. Zaghaft beginnt es zu kämpfen. Aber es beginnt. Und die Lage wird es zu immer energischerem Kampfe zwingen. Wir können ihm die Erfahrungen nicht ersparen. *Es ist sehr wahrscheinlich, daß es in vielen Ländern die Erfahrung mit der Arbeiterregierung machen muß.* Was haben in dieser Situation die Kommunisten zu tun? Sollen sie sich vom Proletariat absondern und seinem heutigen Tage den übermorgigen entgegenstellen? Das wäre eine gefährliche Politik. Sie haben ihm *zu helfen, seine Illusionen im Kampfe zu überwinden.*

Zu diesem Zwecke müssen sie die doppelte Aufgabe erfüllen. Sie haben erstens durch Teilnahme am Kampfe um die Ziele, wie sie durch die Ereignisse und durch den Reifegrad des Proletariats gesteckt sind, der Arbeitermehrheit zu zeigen, daß sie keine Eigenbrödler, sondern seine besten Kämpfer sind. Sie haben gleichzeitig das Proletariat darauf hinzuweisen, daß die Methoden, an denen seine Mehrheit noch hängt, nicht genügen, daß es sich ein schärferes Schwert anschaffen muß. *Sie haben also zusammen mit dem Proletariat auf dem demokratischen Wege um die Arbeiterregierung zu kämpfen und das Proletariat zu lehren, mit welchen Mitteln es die Arbeiterregierung sichern, ihren Kampf gegen das Kapital stützen und stärken soll.* Nur auf diesem Wege gelangen wir zur proletarischen Diktatur, zur Räteherrschaft.

Wie können wir die nicht-kommunistische Arbeiterregierung stützen? Indem wir in Reih und Glied mit den Arbeitern aller anderen Parteien für die notwendigen Uebergangsforderungen kämpfen und, ohne die Kampfesdisziplin zu brechen, jede Halbheit, jedes Schwanken dieser Arbeiterregierung sachlich kritisieren. *Sollen wir also an dieser Regierung uns nicht beteiligen?* Sollen wir sie nur von außen stützen, inwieweit sie das Kapital bekämpft? *Oder sollen wir uns selbst an dieser Regierung beteiligen? Wenn die Arbeiterregierung sich verpflichtet, das zu tun, was in der gegebenen Situation für den Kampf gegen das Kapital notwendig ist, so hat die Kommunistische Partei sich an einer solchen Regierung zu beteiligen.* Würden die Sozialdemokraten, die Unabhängigen und die Gewerkschaftsführer — um auf die konkrete Lage in Deutschland einzugehen — sich verpflichten, im Falle der Uebernahme der Regierung auf dem Steuerwege einen so großen Anteil an der Industrie zu erlangen, daß die Arbeiterregierung imstande wäre, die Produktion wirklich zu kontrollieren, um auf diese Weise die Reparationspflicht, solange es nötig ist, zu leisten; würden sie sich verpflichten, zur Sicherung dieser Politik die Staatsverwaltung von den reaktionären Elementen zu befreien, Maßregeln zu ergreifen, um aus der Reichswehr ein Organ zur Verteidigung der Republik und der Arbeiterinteressen zu machen; würden sie sich verpflichten, alle notwendigen Maßregeln zu treffen, um den gemeinsamen Wirtschaftsaufbau Deutschlands und Rußlands zu ermöglichen — ohne die wirtschaftliche Verbindung des Industrielandes mit dem Ackerbaulande ist kein Wiederaufbau Deutschlands möglich —, *so wäre es die Pflicht der Kommunisten, sich an einer solchen Arbeiterregierung zu beteiligen, die Verantwortung für ihre Politik vor der Arbeiterklasse der Welt zu übernehmen.* Würde diese Regierung aber noch zu zaghaft sein, um sich für diesen einzig möglichen Weg zu entscheiden, so wäre es nicht möglich, die Verantwortung für sie zu tragen. Die

Kommunistische Partei müßte sich damit begnügen, sie nur insoweit zu unterstützen, als sie für die Interessen der Arbeiterklasse kämpft. Aber auch dann müßte die Kommunistische Partei bei ihrer Kritik der Arbeiterregierung immer im Auge behalten, daß sie der Bourgeoisie nicht helfen darf, die Arbeiterregierung zu stürzen. *Ein Schritt vorwärts zur Räteregierung wäre nur möglich, wenn die überwiegende Mehrheit des Proletariats sich für sie aussprechen würde.* Jeder Putsch, jeder Versuch der kommunistischen Minderheit, den Bruch mit der Bourgeoisie auszunützen, um die Arbeiterregierung über den Haufen zu rennen, wäre mehr als ein Verbrechen. Er wäre eine bodenlose Dummheit. Denn der Sozialismus kann in Deutschland nur siegen, gestützt auf die Mehrheit der Arbeiterklasse; einen anderen Weg zum Siege gibt es nicht.

Wir glauben, daß diese Ausführungen in der Kommunistischen Partei Deutschlands auf keinen Widerstand stoßen werden. Sie hat aus den großen Erfahrungen des Leidensweges der deutschen Arbeiterklasse, aus den eigenen Siegen und Niederlagen genug gelernt, um für diese Politik reif zu sein. Das haben die Beratungen des Zentralausschusses der Partei gezeigt. Wenn bisher die Sozialdemokraten immer gesagt haben, die Koalition mit der Bourgeoisie sei notwendig, weil in der Arbeiterklasse keine Einigkeit auch über die nächsten Aufgaben herrsche, so wollen wir jetzt nicht darüber streiten, wer an dieser Uneinigkeit schuld ist. *Wir stellen nur fest: an der Kommunistischen Partei Deutschlands wird es jetzt nicht fehlen, wenn es sich um die Zusammenfassung der Arbeiterklasse zum Kampfe um das nackte Leben, um den ersten Schritt aus dem Sumpfe handeln wird.* Von den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaftsführern wird es jetzt abhängen, ob dieser nächste Schritt gemacht wird.

V.

Die Sozialdemokratie am Scheidewege.

Würde die Entscheidung nur von der Mehrheit der Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften abhängen, so würde die hier vorgeschlagene Politik ganz gewiß vollkommen illusionär sein. Die Mehrheit der Sozialdemokratie, die sich in Görlitz entschieden hat für das Bündnis mit den ausgesprochensten Vertretern des deutschen Großkapitals, des deutschen Imperialismus und der Hohenzollern-Monarchie, für das Bündnis mit der Deutschen Volkspartei, sie wird natürlich alles tun, um dem Kampfe mit dem Kapital, den die Bildung einer Arbeiterregierung bedeuten würde, aus dem Wege zu gehen. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß es der Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiführer noch heute vor diesem Kampfe graut, und daß sie auch heute, wo Stinnes mit der Forderung der Verramschung der Eisenbahnen an das Privatkapital gezeigt hat, wohin der Weg geht, noch keinesfalls verzichtet haben auf die Koalition mit ihm. *Aber es handelt sich nicht nur um das, was die Führer der Sozialdemokraten wollen oder nicht wollen, sondern auch darum, was sie gegebenenfalls müssen.* Der wirtschaftliche Zerfall Deutschlands schreitet ununterbrochen weiter vorwärts. Vielleicht wird es trotz des katastrophalen Marksturzes noch gelingen, den nächsten Tribut an die Entente zu bezahlen. Das wird den Zerfall nur beschleuni-

gen. Was dann, wenn die Entente die weiteren Raten nicht stundet, den Versailler Frieden nicht revidiert? *Ohne die tiefsten Eingriffe in die Wirtschaftsordnung, ohne Appell an die Arbeiterklasse der andern Länder, wie er nur von einer Arbeiterregierung ausgehen könnte, wird sogar die bloße Rettung der staatlichen Existenz Deutschlands unmöglich sein.* Und werden die Arbeitermassen die Verelendung ohne Ende über sich ergehen lassen? Die letzten Stürme auf die Läden sind ein Menetekel für die Sozialdemokratie. *Es können Situationen eintreten, wo es sogar für die Aale der Sozialdemokratie unmöglich sein wird, durchzuschlüpfen, wo es heißen wird, entweder die Verantwortung zu übernehmen für den vollkommenen Zerfall, für die vollkommene Versklavung der deutschen Arbeiterklasse, oder zu kämpfen!* Für diese Möglichkeit muß die Kommunistische Partei nicht nur selbst geistig gerüstet sein, sondern sie muß alles tun, um den Druck der Massen in den Gewerkschaften auf die Sozialdemokratie zu stärken, um die Sozialdemokratie vor die Frage zu stellen, *ob sie nicht nur die deutsche Arbeiterklasse ins Sklavenjoch führen will, sondern ob sie auch als Partei untergehen will?* Es gilt, die Arbeitermassen in den Gewerkschaften aufzurütteln und durch ihre Stimmung die Führer der Sozialdemokratie vor die Frage zu stellen: Wollt Ihr Euch in *elfter Stunde* zum Kampfe entscheiden?

Es ist möglich, daß die Krise einen mehr schleichenden Charakter tragen wird, daß die Entente im letzten Augenblick, um das Werden der Arbeiterregierung zu verhüten, der deutschen Bourgeoisie Zugeständnisse macht. Es ist möglich, daß die Sozialdemokratie, zerfressen durch die Folgen ihrer eigenen Politik im Krieg und nach dem Kriege, sich auch im letzten Augenblick nicht ermannt. Nun, dann würde die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse ins Uferlose steigen. Verwirrt durch die Politik der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer, würde sie nicht imstande sein, in geschlossener Front aufzu-

treten. Und wir Kommunisten würden nicht imstande sein, sie vor dem Schlimmsten zu bewahren. Wir würden dann unsere Arbeit des Weckens und des Organisierens der Massen geduldig, mit zusammengebissenen Zähnen, weiterführen müssen bis zu dem Moment, wo sich *die große Mehrheit der Proletarier um uns sammelt zum entschlossenen Kampfe auf Leben und Tod. Aber auch in diesem Falle werden wir keinen Augenblick die jetzt eingenommene Position zu bedauern haben. Sie wird den Massen zeigen, daß wir als ihr bester Teil, als ihre Vorkämpfer im wirklichen Sinne des Wortes gehandelt haben, und sie werden über alle Parteischranken hinweg zu uns kommen.* Wir, die wir alle trennenden Parteiunterschiede zur Seite zu schieben gewillt waren für die gemeinsame Sache des Proletariats, wir werden dann als ihre *einzigen* Verfechter dastehen und siegen.

VI

Die nächsten Aufgaben.

Die nächste Aufgabe besteht darin, die Partei einzustellen auf diese einzig mögliche revolutionäre Politik, den letzten Kommunisten zum Agitator dieser Gedanken der Sammlung der Arbeiterkräfte für eine Schlacht zu machen, die ganze Partei mit dem Gedanken zu erfüllen, daß wir vor einem Wendepunkt stehen, der die Partei groß und stark finden muß.

Die zweite Aufgabe besteht darin, im letzten Betrieb Deutschlands die Arbeiter mit dem Standpunkte der Partei bekannt zu machen, sie zu begeistern für den Zusammenschluß der Reihen, sie zusammenzufassen über alle Parteischranken hinweg zum gemeinsamen Kampfe. Nach dieser agitatorischen, organisatorischen Arbeit würde der nächste Schritt sein, zu versuchen, alle Parteien, die sich Arbeiterparteien nennen wollen, zusammenzuschließen für den Kampf *um die Auflösung des Reichstages und für den Wahlkampf in geschlossener Front für eine Arbeiterregierung*, die mutig und entschieden den Kampf gegen die wachsende Versklavung des arbeitenden deutschen Volkes übernehmen würde.

Das sind die Aufgaben der nächsten Monate. Nur wenn die Partei ihnen gewachsen sein wird, wenn sie sie unermüdlich mit größtem Elan und Enthusiasmus erfüllt, wird sie sich sagen können, daß sie ihre Pflicht vor dem Proletariat getan hat.

